

## **Aus Langzeitarbeitslosen werden richtige Beschäftigte.**

Die Frage sei Eingangs gestellt : Was ist richtige Arbeit und was nicht ?

Am Beispiel des neuen Gesetzprojektes von Arbeits- und Beschäftigungsminister Nicolas Schmit (un nouveau dispositif de lutte contre le chômage de longue durée), wird in diesem Artikel versucht werden einige Erklärungsversuche zu der Eingangs gestellten Frage aufzustellen.

Das Gesetzesprojekt sieht vor Langzeitarbeitslose, die man kategorisiert hat als solche die sowieso keine Chance haben irgendwann einen Job zu bekommen, eine Arbeit machen zu lassen die der Allgemeinheit dienlich ist. Eine Arbeit also die unsere Gesellschaft braucht und die vor allem Notwendig sein muss. Deshalb soll auch ein unbefristeter Arbeitsvertrag diese « Notwendigkeit » honorieren und dem Betroffenen den Status des weiterhin Arbeitssuchenden ersparen. Bis jetzt galt meistens, dass prekäre, befristete Arbeitsverträge für Arbeitslose die Regel sind und diese auch weiterhin als Arbeitssuchende von der Adem geführt werden. Heisst das denn nun, dass deren Arbeit nicht « notwendig » ist ?

Das Vorhaben an sich ist sicherlich löblich und richtig, aber es ist, wie so oft, ein scheinheiliges Bekenntnis zur Hilfe in der Not für die Schwachen, Abgehängten und Geschädigten unserer Ellenbogengesellschaft. Es ist aber keine ernsthafte und vernetzende Strategie um « Arbeits(losen)marktpolitik » im gesamtwirtschaftlichen Kontext als, und warum nicht, positiven Faktor zu etablieren.

Im liberalen, kapitalistischen System wird die sogenannte « bezahlte Arbeit » entlohnt, « nicht bezahlte Arbeit » wird nicht entlohnt. Oder doch ? Wenn, dann vielleicht nicht mit Geld. Eher mit Dankbarkeit, Erkenntlichkeit oder einer reziproken Aktion. (Die Gedanken des französischen Sozialwissenschaftlers Marcel Mauss könnten helfen diese Art der Arbeit zu verstehen und aufzuwerten). Und deshalb ! Hat diese Arbeit somit weniger Wert ? Wer entscheidet darüber ? In unserer Gesellschaft ist Geld als Lohn für Arbeit das unabdingbare Mittel zur Beteiligung und zum Überleben. Kapital, Lohnarbeit und Konsum (um Karl Marx zu bemühen) sind der Motor unseres Wirtschaftssystems.

Dabei ist diese « entlohnte Arbeit » oft zerstörerisch in Bezug auf Mensch und Umwelt. (Patrick Viveret hat dies ausführlich in seinem Bericht an die französische Regierung « Reconsidérer la richesse, 2002 », beschrieben). Sie wird dennoch bezahlt, oft sogar unangemessen gut. Andererseits wird auch Arbeit geleistet welche dem Allgemeinwohl dient und der Allgemeinheit zugute kommt. Diese wird zum grossen Teil nicht bezahlt. Gibt es also richtige entlohnte Arbeit die teilweise zerstört und dennoch bezahlt wird und folglich, im Umkehrschluss, falsche Arbeit die nützlich ist und trotzdem nicht entlohnt wird ? Hier stellt sich wieder die ethische Frage inwieweit Arbeit das Kriterium der des positiven Beitrags und der Notwendigkeit erfüllen sollte um belohnt zu werden. Und dies gilt auch für das Projekt des Ministers welcher mit pauschalen Aussagen wie : « Transformer des emplois précaires en véritables emplois » oder « créer des emplois réels correspondant à des vrais besoins » und « ne plus financer le chômage mais investir dans l'emploi », riskiert in diesem Fall den Anspruch zu erheben, Richter über richtige Arbeit einerseits, und Scheinarbeit andererseits zu sein.

Die Initiative soll in einer ersten Phase an die 150 neue Arbeitsstellen schaffen. « Notwendige » Arbeit gebe es zuhauf, so der Minister. Dem ist nur beizustimmen ! Die neuen Arbeitsplätze sollen im nicht-kommerziellen Bereich angesiedelt sein. Gemeint sind zuerst die Gemeinden, dann aber auch der Staat und die non-profit Organisationen. Auch gut ! Kosten täte es die öffentliche Hand auch nicht viel mehr als es die aktuellen hierfür existierenden Sozialtransfers es tun. Ja ! Eine runde Sache also ? Und, wichtig, die neuen Arbeitnehmer würden eine von der Allgemeinheit als Notwendig empfundene Arbeit leisten und ihr Selbstwertgefühl wäre enorm stark gestiegen. Genau der Effekt der sich bei jedem x-beliebigen Staatsangestellten einzustellen hat, da er ja auch eine Arbeit macht die notwendig ist, der Allgemeinheit dient und er ... von Transfergeldern entlohnt wird.

1995 beschrieb Jeremy Rifkin in seinem Buch « Das Ende der Arbeit » wie die aufkommende IT-Forschung und deren praktische Anwendung, sowie die Robotik verantwortlich wären für das Wegbrechen von zahllosen Arbeitsplätzen. Auf der Grundlage seiner Analyse dass sich historisch und periodisch die Arbeitserfordernisse für die Gesellschaft ändern (théorie du percolateur) versuchte er den Dienstleistungsbereich und die Ökologie als neue, notwendige und zukunftsträchtige Arbeitsfelder zu diskutieren. Damals konnte kein politisch Verantwortlicher in Luxemburg etwas mit diesen Ideen anfangen. Zumal, und das ist wirklich wichtig, die meiste dieser neuen Arbeit im « non-profit Sektor », im sogenannten « Dritten Sektor » entstehen sollte. Gemeinnützige Vereinigungen sollten die Betriebe der Zukunft werden. (Siehe dazu auch : Johns Hopkins University : Comparative Nonprofit Sector Project (CNP)).

Jetzt hat man Jeremy Rifkin durch sein neuestes Buch, « Die dritte industrielle Revolution » in Luxemburg entdeckt. Die Euphorie kennt keine Grenzen. Wenn man sich nun Gedanken über den Inhalt dieses Buches macht und erkennt dass Rifkin hier die Umstrukturierungen im wirtschaftlichen Bereich durch die Informationstechnologien und die erneuerbaren Energien ausführlich beschreibt, so kann man am Rande herauslesen dass auch die zwischenmenschlichen Beziehungen sich ändern werden. Wie er es ausdrückt, « von vertikal zu lateral » oder auch « von zentralistisch zu dezentral ». Die lokale Entwicklung tritt damit wieder in den Vordergrund und der Geist der Gemeinschaft ( bei Rifkin heisst das : Teilen, Sharing) wird wieder heraufbeschworen. Diese zweite menschliche, also soziale, Komponente des Rifkinschen Modells, welche er ausführlich vor zwanzig Jahren in seinem damaligen Buch behandelt hat, wird heute in der Luxemburger Mainstream-Diskussion stark ausgeblendet. Ausser einiger Zwischenrufe von verschiedenen ONG's welche der so diskutierten Rifkinvision eben diesen Mangel vorwerfen. Mit Recht. Denn würde Luxemburg diesen beiden Aspekten der Rifkinprojektion, dem wirtschaftlichen und dem sozialen Bestandteil, gleich viel an Bedeutung zukommen lassen, dann hätte Luxemburg ein zukunftsträchtiges sozioökonomisches Modell welches die Menschen mitnehmen könnte.

So können wir darauf zurückkommen dass man gerade im Bereich der Arbeitslosenpolitik neue zukunftsorientierte Massstäbe setzen müsste, man aber immer wieder an der Definition von richtiger und prekärer Arbeit scheitert. Einer der grössten Stolpersteine dabei ist die völlig überflüssige Diskussion über einen ersten und einen zweiten Arbeitsmarkt. Denn solange ein nicht profitorientierter Betrieb im Verdacht steht keine richtige Arbeit zu machen und dazu dann auch keine richtigen, Arbeitskräfte braucht, solange wird man die Produktion eventueller notwendiger Güter und Dienstleistungen nicht in ein allumfassendes zukunftsträchtiges politisches Konzept giessen können.

Ein allumfassendes Konzept könnte laut dem französischen Sozioökonom Jean-Louis Laville eine « Economie plurielle », sein. In diesem Modell setzt eine solche plurale Ökonomie aber auch einen pluralen Markt voraus. Das Wirtschaften geschieht demnach nicht mehr nur nach dem exklusiven Prinzip des « mit einem Minimum von Einsatz wird ein Maximum an Gewinn erstrebt », sondern man lässt andere Formen des Wirtschaftens zu und gibt ihnen einen gleichen Stellenwert. Dann müsste natürlich hinterfragt werden warum nationale Wirtschaftsverbände und Lobbies sogenannte alternative Betriebe nicht gerne sehen und sie als unlautere Konkurrenz bezeichnen und es müsste hinterfragt werden warum verantwortungsvolle Politiker sich die einfache Frage nicht stellen : Welche Art von Betrieb löst welche Aufgaben am Besten ?

Das Netzwerk « Objectif Plein Emploi » hatte diese Fragen gestellt und hatte seinerzeit im Rahmen seiner Kooperation mit den Gemeinden, auch die Forderung erhoben, dass den Mitarbeitern der CIGL's, weil sie auch richtige Arbeit verrichten würden, ein unbefristeter Arbeitsvertrag zugestanden werden sollte. Interessant ist zudem dass die CIGL's als ein europäisch finanziertes Pilotprojekt mit den Südgemeinden starteten.

Es ist also zu befürchten dass heute einige der Forderungen des OPE zwar in die Tat umgesetzt werden, das aber, als isolierte Massnahmen und nicht im Rahmen einer wohlüberlegten Gesamtkonzeption. Das Ganze scheint somit nur, wie so oft, Flickwerk zu bleiben.

Romain Bieber

Experte für Solidarwirtschaft  
(Für weitere Informationen, siehe auch : [www.socioeco.org](http://www.socioeco.org))